

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdnr.
Vorwort	V	
Abkürzungsverzeichnis	XVII	
Literaturhinweise	XIX	
§ 1. Einführung	1	1
I. Der englische Zivilprozeß als Kontrast	1	2
II. Die Grundanlage des deutschen Zivilprozesses	2	3
1. Charakteristische Äußerlichkeiten	2	3
2. Inneres Strukturprinzip	2	4
III. Gegenstand dieser Darstellung: Das zivilprozessuale Erkenntnisverfahren.	5	8
1. Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung	5	9
2. Zivilprozeß und nichtzivilgerichtliche Verfahren	6	10
a) Verwaltungsstreitverfahren	6	
b) Strafprozeß	6	
3. Zivilprozeß und nichtstreitige Verfahren	7	11
4. Zivilprozeßrecht und materielles Zivilrecht	8	13
5. Zivilprozeßrecht und Verfassungsrecht	9	14
a) Anspruch auf rechtliches Gehör	10	14
b) Gleichheitssatz	10	15
c) Verfassungsbeschwerde	11	16
IV. Die Rechtsquellen des Zivilprozeßrechts	11	16
1. Die Zivilprozeßordnung von 1877	11	17
2. Prozeßrechtliche Nebengesetze	12	19
§ 2. Der Ablauf eines Zivilprozesses	14	20
I. Die Phase der Vorbereitung eines Zivilverfahrens – Prozeßkostenhilfe	14	21
1. Das Problem für den Anwalt	14	21
2. Die mittellose Prozeßpartei	15	22
II. Die Phase der Klageerhebung	16	24
1. Der Zeitpunkt des Rechtshängigkeitseintritts	16	24
2. Funktion der Klageschrift	17	25
III. Die Phase der Vorbereitung des Haupttermins	17	26
IV. Die Phase des Haupttermins.	20	32
1. Die richterliche Einführung in den Sach- und Streitstand	21	33
2. Die „streitige Verhandlung“ der Parteien	21	34
3. Die Stellung der Anträge	22	36
4. Der Regelfall der sofortigen Beweisaufnahme	23	37
5. Die Pflicht des Gerichts, auf übersehene Punkte hinzuweisen.	24	38
6. Der frühe erste Termin als Haupttermin	24	40

	Seite	Rdnr.
V. Die Phase der Entscheidung	25	41
1. Die Entscheidungspflicht des Gerichts.	25	41
2. Die Notwendigkeit von Beweislastnormen	25	42
3. Der Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung . . .	25	43
4. Die Bindung des Richters an den Klageantrag	25	44
VI. Die Phase eines Rechtsmittelverfahrens.	26	45
VII. Die Phase der Zwangsvollstreckung	26	46
§ 3. Erste Hinweise zur Lösung prozessualer oder prozessual eingekleideter Fälle.	27	47
I. Prozeßlagen entsprechend der ersten (Vorbereitung des Verfahrens), dritten (Vorbereitung des Haupttermins), vierten (Haupttermin) und siebten Phase (Entscheidungsvollstreckung) eines Zivilverfahrens.	29	50
II. Bearbeitung von Fällen aus der Phase der Klageerhebung.	30	52
III. Bearbeitung von Fällen aus der Phase der Entscheidung durch den Richter; Beispiele für Sachurteilsvoraussetzungen.	31	55
1. Diplomatische Immunität des Beklagten	34	58
2. Die Ordnungsmäßigkeit der Klageschrift – fehlende Unterschrift	35	61
3. Ordnungsgemäße Zustellung	36	62
4. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit	37	63
5. Entgegenstehende Rechtshängigkeit	37	64
6. Schlußbemerkung	38	65
IV. Lösung von Fällen aus der Phase des Rechtsmittelverfahrens. . .	39	66
1. Arbeitsmethode bei einer einzigen Berufung	39	66
2. Arbeitsmethode bei Beteiligung mehrerer Berufungsführer .	40	67
3. Zusammenfassung	41	69
§ 4. Grundprobleme der Zivilgerichtsverfassung	42	70
A. Der Zuschnitt der Rechtsquellen	42	70
B. Die Organe der Ziviljustiz	44	73
I. Die Gerichte in Zivilsachen.	44	73
1. Die Gerichte im gerichtsverfassungsrechtlichen Sinn	44	73
2. Das Gericht im prozessualen Sinn	46	75
3. Die Geschäftsstelle des Gerichts	46	76
4. Der Rechtspfleger.	46	77
5. Der Gerichtsvollzieher.	47	78
6. Der Staatsanwalt	47	79
II. Der Rechtsanwalt als Organ der Rechtspflege	47	80
C. Die richterliche Unabhängigkeit als Kernproblem der Rechtsstellung des Richters	48	81
I. Gesellschaftsunabhängigkeit der Richter?	49	82
II. Die sachliche Unabhängigkeit des Richters von anderen Staatsorganen.	50	84
a) Die sachliche Unabhängigkeit des Richters von Regierung und Verwaltung	51	87

	Seite	Rdnr.
b) Die sachliche Unabhängigkeit des Richters von anderen Richtern	52	88
III. Die persönliche Unabhängigkeit des Richters	54	92
IV. Die Unabhängigkeit des Richters von den Prozeßparteien – die Unbefangenheit des Richters	57	97
a) Untauglichkeit zum Richteramt	57	98
b) Besorgnis der Befangenheit des Richters	57	99
D. Das System der gesetzlichen Zuständigkeiten als Ausdruck der Idee des gesetzlichen Richters	58	100
I. Die örtliche Zuständigkeit	59	101
1. Der allgemeine Gerichtsstand (§§ 13–19)	59	102
2. Die Notwendigkeit besonderer Gerichtsstände für Deliktssachen und Widerklagen	60	103
3. Beispiele für weitere wichtige besondere Gerichtsstände	62	106
4. Wahlgerichtsstände und ausschließliche Gerichtsstände	63	108
5. Zuständigkeitsvereinbarungen (§§ 38, 40)	64	109
6. Zuständigkeit infolge rügeloser Einlassung zur Hauptsache (§§ 39, 40 II 2)	66	111
II. Sonstige Zuständigkeitsarten	66	112
1. Die sachliche Zuständigkeit	66	112
2. Die funktionelle Zuständigkeit	68	114
3. Die internationale Zuständigkeit	68	115
4. Die Rechtswegzuständigkeit	70	118
5. „Arbeitsrechtsweg“ oder „Zuständigkeit“ der Arbeitsgerichte?	72	120
6. Gesetzlich fixierte Arbeitsteilung außerhalb der Zuständigkeitsproblematik	73	122
Übungsaufgaben	74	
§ 5. Der Dispositionsgrundsatz	77	124
I. Der Unterschied zwischen Dispositions- und Verhandlungsgrundsatz	77	124
II. Der Dispositionsgrundsatz bei Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens	79	126
1. Das überall anerkannte Grundprinzip	79	126
2. Die richterliche Entscheidungspflicht	79	127
a) Unaufklärbarkeit der Tatfrage	80	127
b) „Unaufklärbarkeit“ der Rechtsfrage	80	128
c) Der Justizgewährungsanspruch	81	129
3. Die Bindung des Gerichts an die gestellten Anträge	81	130
4. Ausnahmen vom Grundsatz „ohne Kläger kein Richter“	82	131
5. Dispositionsgrundsatz und Sozialstaatsprinzip	84	134
III. Die Dispositionsmaxime bei Beendigung des Verfahrens	85	135
1. Vollständiges Nachgeben einer Partei	85	136
a) Die Klagerücknahme	86	136
b) Der Klageverzicht	87	137
c) Das Klageanerkennen	88	138

	Seite	Rdnr.
2. Der Prozeßvergleich	89	139
a) Der Prozeßvergleich in Parallele zu Anerkenntnis und Verzicht	89	139
b) Voraussetzungen des Prozeßvergleichs nach geltendem Recht.	90	140
3. Die Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache	91	142
a) Die beiderseitige Erledigungserklärung	92	143
b) Die einseitige Erledigungserklärung	93	144
IV. Die Dispositionsmaxime bei Veränderungen im Streitgegenstand	95	146
1. Einvernehmliche oder richterlich genehmigte Klageänderung	96	147
2. Ohne weiteres zulässige Klageänderungen	97	149
V. Die Auflockerung des Dispositionsgrundsatzes durch die richterliche Hinweispflicht	99	151
Übungsaufgaben.	100	
§ 6. Der sogenannte Verhandlungsgrundsatz	104	152
I. Grundsätzliches	104	152
1. Gegenstand der Verhandlungsmaxime	104	152
2. Der rechtsvergleichende Stellenwert des Verhandlungsgrundsatzes	104	153
a) Common-Law-Staaten	105	153
b) Kontinentaler Strafprozeß	105	154
c) Kontinentaler Zivilprozeß	106	155
II. Die Bedeutung der Verhandlungsmaxime im einzelnen	107	156
1. Übereinstimmende, zugestandene und unbestrittene Tatsachenbehauptungen	107	157
a) Das Geständnis von Tatsachen.	108	158
b) Das Nicht-Bestreiten von Tatsachen	109	158
2. Beiderseits unterlassene Behauptungen	110	159
3. Die Wahrheits- und Erklärungspflicht der Parteien.	111	160
4. Verhandlungsgrundsatz und Beweismittel	112	161
III. Milderungen und Durchbrechungen des Verhandlungsgrundsatzes	112	162
1. Indirekte Abmilderungen des Verhandlungsgrundsatzes	113	162
2. Durchbrechungen des Verhandlungsgrundsatzes	114	164
3. Die Sonderstellung offenkundiger Tatsachen	117	168
a) Allgemeinkundige Tatsachen	117	169
b) Gerichtskundige Tatsachen	118	170
4. Verhandlungsgrundsatz und sogenannte Berücksichtigung von Amts wegen	119	171
IV. Das Versäumnisverfahren	121	172
1. Die Notwendigkeit einer Schlüssigkeitsprüfung im Falle der Beklagtensäumnis	121	173
2. Die besonderen prozessualen Voraussetzungen eines Versäumnisurteils gegen den Beklagten	123	175
3. Versäumnisurteil aufgrund des Ausbleibens der Anzeige des Verteidigungswillens	125	177

	Seite	Rdnr.
4. Die Säumnis des Klägers (§ 331)	126	178
5. Der Einspruch.	127	179
6. Die Aktenlageentscheidung	129	181
7. Säumnis beider Parteien.	129	182
8. Versäumnisverfahren im Berufungsrechtszug	129	183
9. Zusammenfassende methodische Hinweise zur Bearbeitung von Fällen zu praktisch wichtigen Versäumnissituationen . . .	132	186
Übungsaufgaben.	133	
§ 7. Die Grundformen des Rechtsschutzes	138	188
I. Leistungsklagen und Leistungsurteile	138	189
1. Leistungsurteil und Vollstreckungsmöglichkeiten	139	190
2. Die Haftungsklage als Sonderform der Leistungsklage	140	191
3. Die Klage auf künftige Leistung.	142	193
II. Feststellungsklage und Feststellungsurteil	143	194
1. Ein Rechtsverhältnis als notwendiger Gegenstand der Feststel- lungsklage	145	196
a) Grundsatz.	145	197
b) Feststellbarkeit der Wirksamkeit eines Rechtsgeschäfts . . .	146	197
c) Notwendigkeit eines gegenwärtigen Rechtsgeschäfts	146	198
d) Rechtsverhältnis zwischen Prozeßpartner u. Dritten	146	199
2. Das Feststellungsinteresse als besondere Rechtsschutzvoraus- setzung	147	200
III. Gestaltungsklage und Gestaltungsurteil	149	202
1. Der rechtspolitische Sinn von Gestaltungsurteilen	149	203
2. Der Grundsatz von numerus clausus und das System der Ge- staltungsklagen	150	205
a) Positiver oder negativer Inhalt des angestrebten Gestal- tungsurteils.	151	206
b) Gestaltungsziel ex nunc u. ex tunc	151	207
c) Gebundene und Ermessensgestaltung	152	208
3. Die Stellung der Gestaltungsklagen im System des Rechts . . .	153	209
IV. Das Rechtsschutzbedürfnis – eine allgemeine Rechtsschutzvor- aussetzung.	154	210
V. Verteidigungsmöglichkeiten des Beklagten	155	210 a
1. Die Widerklage als eine dem Beklagten offenstehende Rechts- schutzform.	155	210 a
2. Die Einwendungen des Beklagten	156	210 b
Übungsaufgaben.	157	
§ 8. Urteilswirkungen und Sonderprobleme des Rechtsschutzes. . .	159	211
I. Der positive und der negative Aspekt der materiellen Rechts- kraft	160	214
1. Die Unzulässigkeit einer neuen Klage zum identisch gebliebe- nen Streitgegenstand	160	215
2. Die sogenannte Präjudizialwirkung der materiellen Rechts- kraft	162	216
3. Die Feststellungswirkung von Leistungs- und Gestaltungsur- teilen	163	217

	Seite	Rdnr.
II. Die objektiven Grenzen der materiellen Rechtskraft (§ 322)	164	219
1. Die grundsätzlich fehlende Rechtskraft von Begründungselementen richterlicher Entscheidungen	164	219
2. Die Teilklage	167	222
3. Die Zwischenfeststellungsklage	168	224
4. Rechtskraftbindung von Urteilelementen zur Vermeidung von Unrechtssteigerungen	169	225
5. Die interpretative Funktion der Urteilsgründe; die Bedeutung der Klageabweisung	171	227
III. Die subjektiven Grenzen der materiellen Rechtskraft (§ 325)	173	229
1. Die Grundregel	173	229
2. Der Prätendentenstreit	174	230
3. Die Erstreckung von Urteilswirkungen auf Dritte.	175	232
4. Ausnahmsweise eintretende Wirkung für und gegen alle.	177	235
5. Drittwirkung der Rechtskraft außerhalb der gesetzlich ausdrücklich geregelten Rechtskrafterstreckung?	178	236
IV. Die zeitlichen Grenzen der materiellen Rechtskraft	179	238
1. Die Notwendigkeit zeitlicher Wirkungsgrenzen	179	238
2. Der maßgebliche Zeitpunkt.	179	239
V. Materielle Rechtskraft und nicht-zivilgerichtliche Entscheidungen	181	240
1. Rechtswegzuständigkeiten und materielle Rechtskraft	181	240
2. Das Verhältnis von Straf- und Zivilprozeß	182	243
VI. Schlußbetrachtung: Materielle und formelle Rechtskraft	184	246
Übungsaufgaben	187	
§ 9. Die Parteien des Zivilprozesses	192	249
I. Die Parteifähigkeit.	192	250
1. Der Grundsatz vom Gleichlauf des Prozeßrechts mit dem materiellen Recht.	192	250
2. Die Ausnahmen vom Prinzip	193	251
II. Die Prozeßfähigkeit	195	253
1. Die Bestimmung der Prozeßfähigkeit	195	253
2. Die Rechtslage bei Zweifeln an der Prozeßfähigkeit einer Partei	196	254
III. Die Prozeßführungsbefugnis	197	256
1. Die Grundidee einer gesetzlich besonders vorgesehenen Prozeßführungsbefugnis (= gesetzliche Prozeßstandschaft).	197	256
2. Die Veräußerung der streitbefangenen Sache	199	258
a) Der grundsätzliche Fortbestand der Prozeßführungsbefugnis	199	258
b) Der Schutz des gutgläubigen Erwerbers.	200	260
c) Die Auswirkung der Änderung der materiellen Rechtslage.	201	261
3. Die prozessuale Stellung amtlicher Vermögensverwalter	201	262
4. Prozeßführungsbefugnis aufgrund Rechtsgeschäfts (= gewillkürte Prozeßstandschaft).	202	263

	Seite	Rdnr.
IV. Der formelle Parteibegriff und der Begriff der Sachlegitimation	203	264
V. Die Parteiänderung	204	266
1. Die gewillkürte Parteiänderung	204	266
2. Parteiänderung kraft Gesetzes	206	269
VI. Die Parteienhäufung	207	270
1. Grundsätzliches	207	270
a) Voraussetzungen der Streitgenossenschaft	207	270
b) Die Wirkungen der Streitgenossenschaft.	208	271
2. Die sogenannte notwendige Streitgenossenschaft.	208	272
a) Streitgenossenschaft wegen der Notwendigkeit einheitlicher Feststellung.	209	272
b) Notwendigkeit der Streitgenossenschaft aus „sonstigen Gründen“	210	273
c) Rechtsfolgen notwendiger Streitgenossenschaft	211	274
VII. Die Nebenparteien des Verfahrens.	212	275
VIII. Die Vertretung im Prozeß	214	277
Übungsaufgabe	216	
§ 10. Die Sachurteilsvoraussetzungen und -hindernisse.	221	280
I. Überblick über die einzelnen Sachurteilsvoraussetzungen und -hindernisse	221	281
II. Arten von Sachurteilsvoraussetzungen	223	284
1. Positive und negative Sachurteilsvoraussetzungen	223	285
2. Zwingende Sachurteilsvoraussetzungen, dispositive Sachurteilsvoraussetzungen und Prozeßhindernisse.	224	287
a) Zwingende Sachurteilsvoraussetzungen.	224	287
b) Sachurteilshindernisse	225	288
c) Dispositive Sachurteilsvoraussetzungen	226	291
III. Sachurteilsvoraussetzungen und Prozeßmaximen	227	293
1. Sachurteilsvoraussetzungen und Verhandlungsmaxime	228	293
2. Sachurteilsvoraussetzungen und Dispositionsmaxime.	228	294
3. Sachurteilsvoraussetzungen und sonstige Grundgedanken des Zivilprozeßrechts.	229	295
a) Rechtliches Gehör	229	295
b) Mündlichkeit	230	296
c) Konzentrations- und Beschleunigungsprinzip	230	297
d) Gedanke der Prozeßökonomie.	231	298
IV. Sachurteilsvoraussetzungen und Prüfungsreihenfolge.	231	299
1. Der Prüfungsvorrang der Sachurteilsvoraussetzungen als Grundprinzip	232	300
2. Ausnahmen vom Prinzip?	232	301
3. Prüfungsreihenfolge innerhalb der Sachurteilsvoraussetzungen?	235	305
Übungsaufgaben.	236	

	Seite	Rdnr.
§ 11. Die Prozeßhandlungen der Parteien	240	306
I. Die wichtigsten Arten von Parteiprozeßhandlungen	241	308
1. Einseitige und beiderseitige Parteiprozeßhandlungen	241	309
2. Bewirkungs- und Erwirkungshandlungen	242	311
a) Erwirkungshandlungen	242	311
b) Bewirkungshandlungen	243	312
c) Sinn der Unterscheidung	244	312
II. Prozeßhandlungen und Rechtsgeschäfte	244	313
1. Persönliche Handlungsvoraussetzungen	244	313
2. Bedingungen und Zeitbestimmungen	245	314
3. Willensirregularitäten	246	315
4. Die Heilung von Mängeln	248	317
a) Nachträgliche Korrektur	248	317
b) Nichtrüge	248	318
5. Die Versäumung des rechtzeitigen Vorbringens von Angriffs- und Verteidigungsmitteln	249	319
a) Die allgemeine Prozeßförderungspflicht der Parteien	250	320
b) Die gesetzlichen Präklusionstatbestände	250	321
III. Doppelfunktionale Prozeßhandlungen	251	322
1. Die Aufrechnung im Prozeß	252	322
a) Die außerprozessuale Aufrechnung	252	323
b) Die im Prozeß selbst erklärte Aufrechnung	252	324
c) Rechtshängigkeit und Rechtskraft bei Prozeßaufrechnung	254	326
d) Die prozessuale Geltendmachung der Aufrechnung	256	329
2. Der Prozeßvergleich	257	331
a) Rechtsnatur	257	331
b) Wirkungen des Prozeßvergleiches; Bestandskraft	258	333
c) Unwirksamkeit des Prozeßvergleiches und ihre Folgen	258	334
Übungsaufgabe	261	
§ 12. Der Beweis vor Gericht	263	336
I. Gegenstand und Arten des Beweises	263	336
1. Beweisgegenstand und Beweisbedürftigkeit	264	336
2. Beweisverfahrensarten	265	339
a) Der Strengbeweis	265	339
b) Der Freibeweis	266	340
c) Hauptbeweis und sogenannter Gegenbeweis	268	341
d) Die Glaubhaftmachung	269	342
II. Die klassischen Beweismittel	270	343
1. Der Zeugenbeweis (§§ 373–401)	270	343
a) Gegenstand des Zeugenbeweises	271	344
b) Zeugnisfähigkeit	271	344
c) Zeugenbeweis und Aussagepflicht	271	345
d) Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote	272	346
2. Der Sachverständigenbeweis (§§ 402–414)	272	347
a) Sachverständiger als Richtergehilfe	272	347
b) Ablehnung von Sachverständigen	273	348
c) Ausgangstatsachen	273	349
d) Sachverständiger Zeuge	274	350

	Seite	Rdnr.
3. Der Urkundenbeweis (§§ 415–444)	274	351
a) Bedeutung des Urkundenbeweises	274	351
b) Der prozessuale Urkundenbegriff	274	352
c) Beweiswürdigungsregeln	275	353
d) Die materielle Beweiskraft von Urkunden	276	353
4. Der Augenscheinsbeweis	276	354
5. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote	277	354 a
III. Die Sonderstellung der Parteivernehmung (§§ 445–455)	279	355
1. Zweck der Parteivernehmung	279	355
2. Lücke zwischen Zeugenbeweis und Parteivernehmung?.	280	356
3. Persönliche Anhörung einer Partei	281	357
IV. Beweislast und Beweiswürdigung	281	358
1. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	281	358
2. Beweislast, Beweisführungslast und Behauptungslast	281	359
3. Die Grundsätze der Beweislastverteilung	283	362
a) Ausdrückliche gesetzliche Regelungen	283	362
b) Beweislast nach Tatbestandsaufbau	283	363
c) Gesetzliche Vermutungen	285	364
d) Vermutete Rechtsverhältnisse	286	365
4. Extra- und praeterlegale Durchbrechungen und Einschränkungen der allgemeinen Grundregel der Beweislastverteilung	286	366
a) Die Beweislastumkehr	286	366
b) Der Anscheinsbeweis (prima-facie-Beweis).	288	369
Übungsaufgaben	290	
§ 13. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe gegen Gerichtsentscheidungen	295	371
I. Die Berufung	295	372
1. Das Prinzip der Berufung als einer Verfahrensfortsetzung	295	372
2. Die Zulässigkeit der Berufung im allgemeinen.	297	374
a) Amtsgerichtliches Urteil	297	374
b) Zwischenentscheidungen	297	375
c) Berufungsfrist	298	376
d) Berufungsbegründungsfrist.	298	377
e) Grundsatz der Meistbegünstigung	299	378
f) Zulässigkeit der Berufung und Zulässigkeit der Klage	299	379
3. Die Beschwer als allgemeine Berufungs- (und Rechtsbehelfs-) voraussetzungen im besonderen.	300	380
a) Beschwer des Klägers	301	380
b) Beschwer des Beklagten	302	385
c) Ehesachen.	303	386
d) Geltendmachung der Beschwer	303	386
4. Die Anschlußberufung	303	387
5. Der Dispositionsgrundsatz im Berufungsverfahren.	305	389
a) Die Disposition über die Klage während des Berufungsverfahrens	305	390
b) Die Disposition über das Rechtsmittel als solches	306	391
II. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Gerichtsentscheidungen	308	393
1. Die Revision (§§ 545 ff)	308	393

	Seite	Rdnr.
2. Die Beschwerde (§§ 567 ff)	309	396
3. Die Wiederaufnahmeklage (§§ 578 ff)	310	398
a) Nichtigkeit u. Restitutionsklage	311	399
b) Dreistufigkeit des Verfahrens.	311	400
4. Materiell-rechtliche Rechtsbehelfe gegen rechtskräftige Urteile?	312	401
5. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	314	403
a) Grundproblem.	314	403
b) Die Lösungsoption der ZPO	314	404
c) Entschuldbarkeit der Fristversäumung.	315	405
6. Rechtsbehelfe in Sondersituationen.	315	406
a) Einspruch und Widerspruch	316	406
b) Vollstreckungsabwehrklage	316	407
c) Abänderungsklage	316	408
III. Schlußbetrachtung: „Rechtsmittel“ und „sonstige Rechtsbehelfe“	317	409
1. Der Devolutiveffekt	317	409
2. Der Suspensiveffekt	318	410
Übungsaufgaben.	318	
§ 14. Der Zivilprozeß als Gegenstand der Rechtswissenschaft	320	411
A. Der Sinn des Themas.	320	411
B. Die Lehre vom Streitgegenstand.	320	412
I. Das Problem	320	412
II. Der „Hauptstreit“ um den Streitgegenstand	322	416
1. Die sogenannte eingliedrige Konzeption vom Streitgegenstand.	323	417
2. Die sogenannte zweigliedrige Konzeption vom Streitgegenstand	324	418
3. Der Erkenntniswert der Streitgegenstandstheorien.	326	420
III. „Nebenstreitigkeiten“ um den Streitgegenstand	327	421
1. Variabler Streitgegenstand?	327	421
2. Streitgegenstand und Rechtsschutzform	328	422
3. Streitgegenstand und Kognitionsbeschränkungen	329	423
IV. Ausblick	330	425
C. Die neu entdeckte große Gesetzeslücke: Das Fehlen von Aufklärungsrechten der Parteien	330	426
I. Die Entwicklung des Problems bei Stürner	330	426
II. Charakteristische Einzelausprägungen der Stürner'schen Lehre	333	429
1. Die Generalität der Aufklärungspflicht der prinzipiell nicht risikobelasteten Prozeßpartei.	333	429
2. „Erzwungenes“ Konventionalverfahren zur Realisierung der Aufklärungspflicht	334	430
3. Die Vorwirkung der prozessualen Aufklärungspflicht.	334	431
Sachverzeichnis	336	